

EU ist eine Option – wenn auch nicht heute

«Die stärkste Waffe, die die Europäische Union hat – gerade gegenüber den osteuropäischen Staaten –, ist zu sagen, wir wollen euch nicht», so EU-Botschafter Michael Reiterer. Doch wäre eine Mitgliedschaft auch für Liechtenstein eine Option?

Von Richard Brunhart

Gamprin. – Mit einer Podiumsdiskussion endete gestern die Vortragsreihe «Kleinstaat Liechtenstein – Zwischen regionaler Kooperation und europäischer Integration» des Liechtenstein Instituts. Einmal mehr herrschte Konsens darüber, dass die Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) die für Liechtenstein passende Lösung ist und auch noch einige Jahre sein wird. «Auch der liechtensteinische Arbeitnehmersverband vertritt die Ansicht, dass Liechtenstein mit dem EWR optimal in Europa eingebunden ist», sagte beispielsweise LANV-Präsident Sigi Langenbahn. Wie EU-Botschafter Michael Reiterer ausführte, hat sich auch aus Sicht der Europäischen Union das Modell EWR bewährt.

Integration ist ein Prozess

Doch Europa verändert sich – das zeigte auch ein Impulsreferat von Christian Frommelt, Doktorand am Liechtenstein Institut. Insbesondere das Beitritts-gesuch Islands zur EU und eine Diskussion um den EWR in Norwegen deuten an, dass sich Liechtenstein in Zukunft einen anderen Weg als den EWR suchen muss, um sich in Europa zu integrieren. Eine andere Option als Integration gibt es kaum – insbesondere aus wirtschaftlicher Sicht.

Die Politik stellt sich dann oft die Frage, ob eine Integration über eine EU-Vollmitgliedschaft «grössenver-



Podiumsdiskussion über die europäische Integration Liechtensteins: Roland Marxer, ehemaliger Leiter des Amts für Auswärtige Angelegenheiten, Markus Kaiser, Geschäftsführer der Kaiser AG, Andrea Entner-Koch, Leiterin der Stabsstelle EWR, EU-Botschafter Michael Reiterer, LANV-Präsident Sigi Langenbahn sowie Wilfried Marxer und Christian Frommelt vom Liechtenstein Institut (v. l.).

Bild Elma Korac

träglich» wäre. Dieser Begriff wurde gestern eher kritisch beleuchtet. Roland Marxer, ehemaliger Leiter des Amts für Auswärtige Angelegenheiten, hielt fest, dass Liechtenstein ohne die Anbindung an grössere Länder – ohne den Zoll- und Währungsvertrag mit der Schweiz, ohne die Freihandelsabkommen der Efta oder andere Institutionen – viel eher überfordert wäre. Zudem hob Marxer hervor, dass Liechtenstein zu kaum einer Zeit so souverän war, so sehr das tun konnte, was das Land wollte, wie derzeit. Als Beispiele nannte er insbesondere den Rheinbund, in dem Liechtenstein nur sehr wenig zu sagen gehabt habe, und den Zollvertrag mit der Schweiz, bei dem eindeutig sei, wer was bestimmt. «Aber wir wollten das auch so haben», sagte Marxer. Der langjährige Begleiter der liechtensteinischen Aussenpolitik will nicht ausschliessen, dass die EU-Mitgliedschaft eine Option ist, auch wenn sie derzeit nicht zur

Debatte stehe. Mit Verweis auf den Umbau des Finanzplatzes zeigte Marxer, wie viel sich in 15 Jahren ändern kann. Zudem ist Marxer überzeugt, dass sich mit der EU auch Lösungen finden lassen. Sigi Langenbahn wies auf den Sonderstatus Liechtensteins bezüglich der Personenfreizügigkeit hin und pflichtete dem bei.

Wunsch nach mehr ist vorhanden

Wie einige Ausführungen zeigten, ist auch der Wunsch vorhanden, dass sich Liechtenstein noch stärker in Europa integriert. Andrea Entner-Koch, Leiterin der Stabsstelle EWR, hob den Automatismus der Übernahme von EU-Rechtsakten als positiv hervor. Sie äusserte aber auch den Wunsch, dass die Teilnahme an Ausschüssen institutionalisiert wird. «Die Teilnahme ist sehr wichtig für uns und es ist manchmal etwas mühsam, zu diskutieren, ob wir teilnehmen dürfen oder nicht», so Entner-Koch.

Markus Kaiser, Geschäftsführer der Kaiser AG, hob hervor, dass der Marktzugang für ein international tätiges Unternehmen fundamental ist. Doch trotz des formalen Zugangs sei es nicht ganz so einfach, in anderen Ländern Aufträge zu erhalten – insbesondere wenn es um Aufträge der öffentlichen Hand geht. Doch auch die Geschäftsbeziehungen zu Unternehmen sind nicht immer so einfach. Dass bei einem Kauf eines Fahrzeugs Zollformalitäten zu erledigen sind, sei kein Problem. «Doch im Alltag, wenn es um Ersatzteillieferungen oder Servicetätigkeiten geht, hat ein Kunde aus Deutschland dafür kaum Verständnis», so Kaiser. Deshalb hätten sie auch Standorte in der EU.

Auch politisch integrieren

Andererseits sieht Kaiser Vorteile in Liechtenstein, insbesondere im pragmatischeren Umgang mit den Behörden. Was in Liechtenstein besser funk-

tioniere als in Ländern der EU, diese Standortvorteile sollten erhalten bleiben. Wenn diese nicht bewahrt würden, blieben nur die Nachteile, aus einem kleinen Staat heraus zu operieren – von dem aus beispielsweise Lobbytätigkeit kaum auf der internationalen Ebene ankomme.

Allerdings sehen nicht alle die selben Standortvorteile. Sigi Langenbahn erklärte, dass nicht immer nur das Minimum von EU-Richtlinien umgesetzt werden sollte – wie beispielsweise bei der Richtlinie zum Elternurlaub. Ein Standortvorteil könne es auch sein, attraktiver für Arbeitskräfte – insbesondere Fachkräfte – zu sein.

Michael Reiterer betonte, dass die EU mehr ist als ein Binnenmarkt, der die Diskussion des gestrigen Abends bestimmte. «Die Europäische Union ist auch eine politische Idee», so Reiterer. Beispielsweise sei mit der Erweiterung auch der Raum der Demokratie ausgedehnt worden.